

Familienpolitik braucht einen Richtungswechsel

– für soziale Sicherheit, Gleichstellung und Demokratie

Mitgliederversammlung, 01.10.2026

Seit über einem Jahr ist die aktuelle Bundesregierung im Amt. Angetreten ist sie laut Koalitionsvertrag mit dem Anspruch, Familien zu stärken, Kindern und Jugendlichen gute Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen voranzubringen. Inzwischen zeichnet sich jedoch ein völlig anderer Kurs ab: Familienpolitische Leistungen werden zusammengestutzt, die soziale Infrastruktur wird nicht ausreichend abgesichert und zugleich werden höhere Erwerbsumfänge zur politischen Zielgröße.

Diese Entwicklung betrachten wir mit großer Besorgnis. Denn politische Entscheidungen wirken nicht einzeln, sie summieren sich. Sie treffen auf den Alltag von Menschen, die bereits heute mit hohen Wohnkosten, steigenden Lebenshaltungskosten, fehlenden Betreuungsplätzen, Personalmangel in Einrichtungen und einer ungleichen Verteilung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern, die vor allem die Lebenschancen von Frauen einschränkt, umgehen müssen. Was auf dem Papier als einzelne Einsparung erscheint, kann im Leben von Familien bedeuten, dass das Geld nicht zum Leben reicht, die Miete nicht mehr bezahlt werden kann, Betreuungsarrangements nicht mehr funktionieren oder die Pflege eines Angehörigen nur noch auf Kosten einer Reduzierung der eigenen Erwerbsarbeit möglich ist.

Hinzu kommen die Folgen der Klimakrise, die Familien zunehmend unmittelbar treffen: Hitze- wellen, Extremwetter und steigende Kosten für Energie und Wohnen belasten insbesondere Familien mit geringem Einkommen und Menschen, die auf besondere Unterstützung angewiesen sind. Umso unverständlicher ist es, dass die Bundesregierung beim Klima- und Hitzeschutz nicht entschlossen genug handelt. Familien brauchen auch angesichts der Klimakrise eine verlässliche öffentliche Infrastruktur und Schutz vor den sozialen Folgen der Erderhitzung.

Die Mitglieder des Zukunftsforum Familie e. V. fordern deshalb einen grundlegenden Kurswechsel in der Familienpolitik: Kinder und Familien dürfen nicht zur Sparbüchse des Bundeshaushalts werden

Die geplanten und bereits umgesetzten Einschnitte treffen zentrale Bereiche des Familienlebens: Beim Elterngeld stehen Leistungskürzungen im Raum, so soll die Gesamtzahl der zu beziehende Monate reduziert werden und der Partnerschaftsbonus entfallen. Währenddessen wird am 8-Stunden-Tag die Säge angesetzt und damit der Spielraum für die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit noch weiter verkleinert.

Es steht die Drohung im Raum, den Unterhaltsvorschuss nur noch für Jugendliche bis 16 Jahre auszuzahlen. Der Kindersofortzuschlag, der Kindern in Familien zugutekommt, die Anspruch auf Grundsicherungsgeld, Sozialhilfe, Kinderzuschlag oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben, soll entfallen. Gleichzeitig geraten Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe unter Finanzierungsdruck.

Die bereits beschlossenen Verschärfungen in der Grundsicherung (SGB II) schaffen ein Gefühl der Bedrohung bei allen Betroffenen und führen zu realen Kürzungen, die Kinder und Jugendliche treffen: Besonders problematisch sind Sanktionen, die ganze Haushalte belasten,

sowie die Kürzungen bei den Wohnkosten und unrealistische Zumutbarkeitsregelungen für Eltern von Kleinkindern.

In der Pflegeversicherung wird gekürzt, insbesondere die Rentenabsicherung für pflegende Angehörige soll deutlich geringer ausfallen und der Entlastungsbetrag im Pflegegrad 1 entfallen. Die Anhebung der Schwellenwerte bei der Einstufung in Pflegegrade erschwert künftig den Zugang und trifft insbesondere Familien, die frühzeitig auf Unterstützung angewiesen sind. Auch in der Zusammenlegung der Budgets verstecken sich Leistungskürzungen.

In der Wohnungspolitik ist keine Entlastung in Sicht: Steigende Mieten, Wohnungslosigkeit, sozialräumliche Segregation und eine ungleiche Verteilung von Zugang zu ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum prägen vielerorts die gesellschaftliche Realität. Die angekündigten Kürzungen beim Wohngeld lassen das Fass überlaufen. Besonders hart trifft es Familien.

Gute Familienpolitik braucht einen starken Sozialstaat

All dies wird mit dem Hinweis auf notwendige Haushaltskonsolidierung begründet. Dabei geht es in der Summe um Leistungen, die es Familien – heute schon mehr schlecht als recht – ermöglichen, ihren Alltag zu bewältigen, Kindern ein gutes Aufwachsen zu sichern und ihrer Pflegeverantwortung gerecht zu werden. Wer diese Absicherung schwächt, entscheidet sich nicht für eine neutrale Ausgabenreduzierung. Er entscheidet darüber, wer die Kosten der bestehenden Wirtschaftskrise trägt.

So landet die Kürzungsagenda bei denen, die sowieso schon so viel auffangen müssen: bei Familien mit niedrigen Einkommen, bei Alleinerziehenden, bei Familien mit pflegebedürftigen Kindern und Kinder mit Behinderung, bei Familien mit Pflegeverantwortung und bei Menschen, deren finanzielle Spielräume ohnehin gering sind – und in den Familien meist bei den Frauen und Müttern. Wo Einkommen kaum für den Lebensunterhalt reicht und Wohnraum fehlt, bleiben die Teilhabemöglichkeiten, Entwicklungschancen und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auf der Strecke. Es entsteht der Eindruck, dass die Bundesregierung Armutsbekämpfung zunehmend als einen Kampf gegen arme Familien missversteht.

Darunter leidet die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Wer heute bei Familien, Kindern und Sorgearbeitenden spart, spart an den Möglichkeiten von morgen. Stattdessen braucht es einen Sozialstaat, der Risiken gemeinsam absichert, anstatt sie immer stärker einzelnen Menschen und Familien zu überlassen.

Gleichstellung braucht materielle Voraussetzungen

Besonders widersprüchlich ist der politische Umgang mit Gleichstellungspolitik. Zu Recht wird gefordert, dass Frauen ihre Erwerbstätigkeit ausweiten und wirtschaftlich unabhängiger werden können. Doch mehr Erwerbsarbeit von Frauen setzt voraus, dass Sorgearbeit anders verteilt wird: Wir brauchen Rahmenbedingungen, die dazu führen, dass Männer mehr Care-Arbeit übernehmen. Zudem müssen öffentliche Angebote verlässlich funktionieren.

Wo gesellschaftliche Unterstützung fehlt, wird stattdessen zusätzliche Sorgearbeit, die durch die drohenden Kürzungen entsteht, wieder innerhalb der Familie aufgefangen. Und dort übernehmen sie weiterhin überwiegend Frauen – nun unter einem gesteigerten Druck.

Familienpolitik entscheidet über Vertrauen in die Demokratie

Die Frage, ob der Staat Familien unterstützt, ist zentral für die Zukunft unserer Demokratie – diese zu sichern muss angesichts der Ergebnisse der vergangenen Landtagswahlen, bei denen die rassistische, frauen- und queerfeindliche und antidemokratische AfD in einem

erschreckenden Ausmaß Stimmen dazugewonnen hat, ganz oben auf der Agenda stehen. Wenn politische Versprechen und Alltagserfahrungen dauerhaft auseinanderfallen, kann Vertrauen verloren gehen. Gerade in einer Zeit, in der demokratische Institutionen unter erheblichem Druck stehen, darf Politik nicht den Eindruck vermitteln, soziale Sicherheit sei nachrangig oder die individuellen Möglichkeiten, Belastungen abzufedern, seien überall gleich verteilt.

Demokratische Stabilität braucht deshalb auch soziale Verlässlichkeit. Eine Gesellschaft, in der Menschen ihre Lebensbedingungen zunehmend als ungerecht, unsicher, unzureichend unterstützt und politisch unbeachtet erfahren, wird anfälliger für eine undemokratische Ordnung und politische Angebote, die einfache Schuldzuweisungen an die Stelle solidarischer Lösungen setzen.

Deshalb fordern wir:

1. Familienleistungen sichern und ausbauen – Kürzungspläne zurücknehmen

Familienpolitische Leistungen müssen vor Kürzungen geschützt werden. Insbesondere bei Elterngeld, Unterhaltsvorschuss, Wohngeld und Kindersofortzuschlag darf der Staat seine Verantwortung nicht zurückfahren. Auch die Leistungen und Angebote der Pflegeversicherung, der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe dürfen nicht reduziert werden. Es heißt, Familien zu entlasten, statt ihnen die Kosten der Sparagenda aufzubürden.

2. Kinderarmut endlich strukturell bekämpfen

Kinder brauchen eine verlässliche materielle Absicherung, die ihren tatsächlichen Bedarfen gerecht wird. Die Bekämpfung von Kinderarmut muss zu einem verbindlichen Schwerpunkt der Familien- und Sozialpolitik werden. Wir fordern endlich eine realistische und umfassende Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums, die die tatsächlichen Bedarfe von Kindern sichtbar macht. Maßstab darf dabei nicht das absolute Minimum sein, sondern muss ein gutes Aufwachsen im Sinne der Kinderrechte sein. Besonders deutlich zeigen sich Lücken beim fehlenden Umgangsmehrbedarf für Trennungsfamilien. Je mehr Zeit ein Kind in zwei Haushalten verbringt, desto höher sind die entstehenden Kosten. Die derzeitige tageweise Aufteilung des Sozialgeldes trägt diesen Mehrbedarfen nicht Rechnung. Darauf aufbauend braucht es verlässliche und bedarfsgerechte Unterstützungsleistungen für Kinder und Familien – im Sinne einer echten Kindergrundsicherung. Dafür setzen wir uns seit 2009 gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Wissenschaft und Verbänden ein. Zudem brauchen Eltern Zugang zu guter, existenzsichernder Arbeit. Geringfügige Beschäftigungen müssen in die soziale Sicherung integriert und Minijobs zurückgedrängt werden.

Kinder von Alleinerziehenden sind besonders häufig von Armut betroffen. Deshalb setzen wir uns für eine Steuergutschrift für Alleinerziehende ein. Diese sollte in Form einer negativen Einkommenssteuer insbesondere Alleinerziehende mit geringem Einkommen entlasten. Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende sollte zu einer Steuergutschrift weiterentwickelt und als Abzugsbetrag von der Steuerschuld ausgestaltet werden. Darüber hinaus lehnen wir die Kürzungspläne in Bezug auf den Unterhaltsvorschuss strikt ab. Alleinerziehende Familien diese wichtige Unterstützung zu entziehen, verschärft soziale Ungleichheit und gefährdet die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen.

Jede dritte Bedarfsgemeinschaft ist eine Familie mit minderjährigen Kindern. Deshalb müssen die Verschärfungen in der Grundsicherung zurückgenommen werden: Es darf keine Sanktionen geben, die durch Kürzen oder Streichen des Regelbedarfs Kinder mitbestrafen

oder Familien gefährden. Darüber hinaus setzen wir uns seit vielen Jahren für die Einführung eines Umgangsmehrbedarfs für Trennungsfamilien im SGB II ein.

3. Sorgearbeit als gesellschaftliche Aufgabe absichern und umverteilen

Kindererziehung und Pflege dürfen kein individuelles Armutsrisiko bleiben. Die Mehrheit der jungen Eltern äußert in Umfragen, dass sie sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Kinderbetreuung, Erziehung und Beruf wünschen. Damit sie dies auch realisieren können, sind bessere zeitliche, finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen für Menschen mit Sorgeverantwortung und Maßnahmen für die Umverteilung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern notwendig.

Dazu gehört die schrittweise Abkehr vom Ehegattensplitting, das bis heute traditionelle Einkommensgruppen begünstigt und damit die ökonomische Abhängigkeit vieler Frauen verfestigt. Stattdessen fordern wir eine Individualbesteuerung mit realitätsgerechter Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen – die daraus resultierenden Steuermehreinnahmen müssen dabei direkt in Familienleistungen fließen, statt den Staatshaushalt zu sanieren.

Um den zweiten Elternteil von Anfang an stärker in die Betreuung und Erziehung einzubeziehen, ist die Einführung einer vierwöchigen bezahlten Freistellung nach der Geburt (Familienstartzeit) dringend notwendig. Außerdem muss das Elterngeld zukunftsfest weiterentwickelt werden, damit es echte Partnerschaftlichkeit fördert: Die Zahl der pro Elternteil reservierten Monate muss ausgeweitet werden, ohne dabei die Gesamtzahl der Monate zu kürzen. Damit sich alle Familien gleichberechtigte Nutzungsmuster tatsächlich leisten können, muss wenigstens der Mindestbetrag auf 506 Euro – das entspricht dem Regelbedarf im SGB II für Volljährige in Partnerschaften – angehoben werden und anschließend dynamisiert werden. Außerdem fordern wir deutlich mehr Unterstützung für Familien mit geringem Einkommen sowie den Abbau bestehender Ausschlüsse beim Elterngeld.

Langfristig setzen wir uns für ein *ElternGerechtigkeitsGeld* ein, welches einkommensunabhängig an alle Elterngeldberechtigte in gleicher und angemessener Höhe ausgezahlt wird. Die Höhe des *ElternGerechtigkeitsGeldes* soll einem Vollzeit-Nettoeinkommen bei Mindestlohn entsprechen. Im Jahr 2026 liegt dies bei Menschen mit Kind(ern) bei aufgerundet 1.800 Euro. Die Orientierung am Vollzeit-Nettoeinkommen bei Mindestlohn stellt sicher, dass das *ElternGerechtigkeitsGeld* mindestens ein existenzsicherndes Einkommensniveau gewährleistet.

4. Pflegende An- und Zugehörige passgenau unterstützen!

Auch in der Pflege sind dringend Anpassungen notwendig – gerade angesichts der Tatsache, dass die Zahl der Pflegebedürftigen auf absehbare Zeit immer weiter steigen wird. Daher müssen die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf weiter ausgebaut werden, statt die Belastungen zu erhöhen, wie derzeit geplant. Dafür müssen an erster Stelle die Kürzungspläne unbedingt zurückgenommen werden. Zudem gilt es, die Freistellungsmöglichkeiten, die heute durch das Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz gegeben sind, zu verbessern: Die beiden Gesetze sollten zusammengeführt sowie die Zeit, in der die Erwerbsarbeit reduziert werden kann, ausgedehnt werden.

Außerdem fordern wir die Einführung eines Familienpflegegeld für pflegende An- und Zugehörige, die aufgrund von Pflege ihre Erwerbsarbeit reduzieren oder aufgeben müssen - eine sozial gerechte Transferleistung, die vor Armut schützt und Anreize schafft, um mehr Männer in die informelle Pflege einzubinden. Dies gelingt nur mit einer angemessenen Höhe und der

die Option, den Bezugszeitraum insgesamt zu verlängern, indem sich mehrere Personen die Pflege teilen.

5. Öffentliche Infrastruktur ausbauen

Gute Kitas, Ganztagsangebote und Schulen, eine verlässliche Kinder- und Jugendhilfe, und flächendeckend verfügbare und passgenaue Pflegeangebote sind Voraussetzungen für ein funktionierendes Familienleben. Sie müssen qualitativ hochwertig ausgebaut und dauerhaft und bedarfsgerecht finanziert werden.

Familienbildung, Familienzentren, Nachbarschaftsangebote und ehrenamtliche Initiativen stärken Familien im Alltag, ermöglichen Begegnung und Teilhabe und fördern Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade angesichts wachsender gesellschaftlicher Spannungen sind sie auch demokratische Infrastruktur: Sie schaffen Räume für Austausch, Beteiligung und das Erlernen demokratischer Kompetenzen. Deshalb müssen Angebote der Familienbildung und -förderung nach § 16 SGB VIII verlässlich und bedarfsgerecht finanziert und flächendeckend ausgebaut werden. Auch Initiativen, Selbsthilfe und ehrenamtliches Engagement brauchen Anerkennung und verlässliche Förderung.

6. Wohnungspolitik

Hände weg vom Wohngeld: Gerade in Zeiten von Wohnungskrise darf der Staat Familien hier seine Unterstützung nicht entziehen. Wir fordern eine Wohnungspolitik, die Familien in den Mittelpunkt stellt und bezahlbaren, ausreichenden und familiengerechten Wohnraum sichert. Dafür braucht es mehr sozialen, kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau und eine wirksame Begrenzung von Mietsteigerungen. Wohnungslosigkeit von Familien muss verhindert und Zwangsräumungen müssen stärker vermieden werden. Gleichzeitig braucht es eine gemeinwohlorientierte Boden- und Liegenschaftspolitik sowie eine stärkere Förderung genossenschaftlicher und gemeinschaftlicher Wohnformen. Familiengerechte Quartiere müssen zudem wohnortnahe Bildungs-, Betreuungs-, Beratungs-, Freizeit- und Erholungsangebote sowie sichere Freiräume bieten.

7. Familienpolitik auf ihre sozialen Folgen prüfen und als demokratische Infrastrukturpolitik begreifen

Haushalts- und Reformentscheidungen müssen systematisch daraufhin untersucht werden, wie sie unterschiedliche Familien treffen und welche Auswirkungen sie auf die Gleichstellung der Geschlechter haben. Dabei müssen Einkommen, Geschlecht, Familienform, Sorgeverantwortung und die Lebenssituation von Kindern berücksichtigt werden. Sobald Schieflagen sichtbar werden, sind diese zu korrigieren.

Familienpolitik und der Sozialstaat sind nicht nur Instrumente zur materiellen Absicherung. Sie schaffen Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe, Vertrauen und Zusammenhalt. Sie sichern unsere Demokratie, die derzeit erheblich unter Druck steht. Leistungen müssen entsprechend geschützt und weiterentwickelt werden. Die dafür nötigen Mittel müssen durch Instrumente der Umverteilung von oben nach unten beschafft werden, denn das Geld ist da – es muss nur anders verteilt werden.

Die Bundesregierung muss ihren familienpolitischen Kurs korrigieren. Nicht Familien müssen sich an die Sparpolitik anpassen – die Politik muss sich daran messen lassen, ob sie ein gutes und gerechtes Familienleben ermöglicht. Familienpolitik muss raus aus der Kürzungsspirale – und zurück auf die politische Agenda einer sozialen, gleichstellungsorientierten und demokratischen Gesellschaft.